Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 7-8: Nationalsozialismus

Artikel: "In Berlin herrscht Ruhe" : die bürgerliche Öffentlichkeit und die Anfänge des Dritten Reiches

Autor: Degen, Bernard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355148

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«In Berlin herrscht Ruhe» – Die bürgerliche Öffentlichkeit und die Anfänge des Dritten Reiches

Bernard Degen

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus prägte das politische Selbstverständnis der älteren Generation entscheidend. Sie führte den Grossteil der Gegner, die sich in den harten sozialen Auseinandersetzungen im ersten Drittel unseres Jahrhunderts scheinbar unversöhnlich gegenübergestanden waren, in eine Art nationale Gemeinschaft zusammen. In der Ideologie – nicht aber in der Realität – gab es seit Mitte der dreissiger Jahre eine über alle sozialen Schranken hinweg einige, demokratische Schweiz. Gruppierungen, die wie Kommunisten und Fronten auf der Linken und Rechten den helvetischen Konsens störten, wurden als «wesensfremd» empfunden und stigmatisiert. Während des Zweiten Weltkrieges erreichte der Zusammenschluss seinen Höhepunkt. Die in jener Zeit entstandene Ideologie prägte – durch die Hochkonjunktur begünstigt – die schweizerische Gesellschaft bis in die siebziger Jahre. Einer der Grundpfeiler des Selbstverständnisses blieb die Verdrängung wesentlicher Abschnitte der neueren Geschichte. Der Landesstreik und die missliche Lage der Arbeiterschaft sowie ähnliche «störende» Ereignisse und Zustände gerieten in Vergessenheit. Dafür erfuhr die Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eine unangemessene Verklärung. Wenn von Sympathien die Rede war, so meist mit dem Hinweis auf die quantitativ bedeutungslosen Fronten, während alle andern Kräfte einem mehr oder weniger festen Widerstand zugeordnet wurden. Diese Widerstandslegende hat allerdings bereits einige Risse bekommen, seit sich eine jüngere, nicht mehr von Rechtfertigungsproblemen belastete Generation von Historikern an ihre Erforschung machte. Man lese zum Beispiel einmal den von Hans Ulrich Jost verfassten Abschnitt in der kürzlich erschienenen «Geschichte der Schweiz und der Schweizer» (Basel 1983).

Besonders eindrücklich sind die Widersprüche zwischen Legende und Wirklichkeit in der ersten Hälfte des Jahres 1933. Selbst wenn man innenpolitische Aspekte wie die damals enge Zusammenarbeit bürgerlicher Parteien mit den Fronten vernachlässigt und nur die Haltung der Öffentlichkeit, insbesondere der Presse, zum entstehenden Dritten Reich betrachtet, stösst man auf wenig erfreuliche Tatsachen. Die Zeiten sind wohl vorbei, in denen etwa ein Edgar Bonjour schreiben konnte (Geschichte der Schweiz. Neutralität, Bd. III, Basel 1967, S. 126): «Es ist verständlich und überdies erfreulich, dass sich die freien Schweizer Zeitungen schon früh gegen den wesensfremden Nationalsozialismus im Nachbarland wandten und dass sich ihre Kritik mit dem Anwachsen dieser Bewegung steigerte. Sie fühlten dem nationalsozialistischen

Deutschland recht eigentlich den Fieberpuls. Hitlers Aufruf bei der Machtübernahme nannten sie ‹verlogenes Demagogentum›, den Reichstagsbrand einen ‹Schurkenstreich der Nationalsozialisten›.» Da hat ein Peter Dürrenmatt wesentlich sichereren Boden unter den Füssen, wenn er – durch eigene Erfahrung gewitzt – in seiner überaus konservativen «Schweizer Geschichte» (Zürich 1963, S. 669) feststellt: «Der innerdeutsche Umschwung von Ende Januar 1933 wurde in der Schweiz zunächst abwartend beobachtet. Manche hielten den Vorgang für eine Art konservative Revolution, einen Versuch, durch das Mittel verstärkter Staatsautorität mit den verheerenden Krisenfolgen fertig zu werden.» Eine gründlichere Untersuchung der Berichterstattung über einige Schlüsselereignisse der nationalsozialistischen Machtübernahme fördert tatsächlich wenig Erfreuliches zu Tage.

Hitler wird Kanzler

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg zum Kanzler ernannt wurde, war er auch in der Schweiz kein Unbekannter mehr. Seine führende Rolle im gescheiterten Putsch von 1923 und der Terror der SA-Mordbanden konnten selbst bei wohlmeinenden Beobachtern keine Illusionen über die demokratische Glaubwürdigkeit des neuen Regierungschefs aufkommen lassen. Dennoch reagierte die bürgerliche Presse in der Schweiz wesentlich zurückhaltender als etwa in Frankreich oder England. Seit dem Sturz Brünings hatte sich bei den meisten Blättern die Überzeugung durchgesetzt, dass zumindest eine Regierungsbeteiligung Hitlers unumgänglich sei. Die grossen rechtsbürgerlichen Zeitungen berichteten – mit gewissen Vorbehalten – wie bei einem gewöhnlichen Regierungswechsel. Die «NZZ» etwa meinte (31.1.), «dass die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierungsmacht ... ein grosses und risikoreiches Experiment bedeutet, liegt auf der Hand ... Trotzdem wird man angesichts des kaum mehr der Steigerung fähigen unheilvollen Wirrwarrs ... die endlich zustandegekommene Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierungsmacht und Regierungsverantwortlichkeit weitherum deshalb begrüssen, weil der gewiss verzweifelte Versuch, die deutsche Krise einmal an der Wurzel zu fassen und eine in der demagogischen Verneinung des Bestehenden gross gewordene Partei der Bewährungsprobe der praktischen Arbeit zu unterwerfen, eine offenkundig unaufschiebbare und unumgängliche Notwendigkeit geworden ist.»
Für Albert Oeri lag es ebenfalls nahe, in den «Basler Nachrichten» für den neuen Kanzler zu plädieren (31.1.): «Wer Deutschland vor äusserem Krieg und innerem Aufruhr bewahrt sehen möchte, wird darum wünschen, dass das katholische Zentrum ... das sogenannte Hitlerkabinett tolerieren möge.»
Skeptischer zeigte sich die linksfreisinnige und die katholische Presse. Die Basler «National-Zeitung» vermutete bereits bei der Vorstellung des

neuen Kanzlers richtig (31.1.), «dass die Legalität nun kaum seine grösste Sorge sein wird». Sie glaubte auch nicht so richtig, dass die deutschnationalen Minister ihre nationalsozialistischen Kollegen zähmen können, da sich letztere nicht an Abmachungen halten. Die Katholisch-Konservativen waren besorgt um ihre deutsche Bruderpartei, das «Zentrum», die von der Hitler-Regierung ebenfalls nicht mit Samthandschuhen angefasst wurde. Es ist deshalb verständlich, dass katholische Zeitungen dem neuen Regime kritischer gegenüberstanden als freisinnige. Das «Vaterland» prangerte schon früh dessen «brutales Vorgehen» an und zeigte ungewöhnliches Verständnis für die gemässigte Linke zu einer Zeit, als andere bürgerliche Blätter eher interessiert als empört die wachsende Repression zur Kenntnis nahmen (18.2.): «Die deutsche Sozialdemokratie war auf dem Wege, sich dem Volksganzen einzugliedern, während die nationalsozialistische Bewegung einen barbarischen Rückfall ins Herden- und Massendasein darstellt.» Das ebenfalls katholische «Basler Volksblatt» rief in seinem ersten Kommentar (31.1.) das deutsche Volk sogar auf, sich unter allen Umständen gegen die Diktatur zu wehren, wenn nötig auch mit ausserparlamentarischen Mitteln.
Die Tendenzen, die sich bei den ersten Reaktionen abzeichneten, hielten in der Folge an. Ein grosser Teil der Berichterstattung beschränkte sich auf die Schilderung von Regierungsaktivitäten oder gar auf den unkommentierten Nachdruck deutscher Agenturen, die ganz im Dienste des neuen Regimes standen. Der unbefangene Leser konnte leicht den Eindruck erhalten, dass nur dank dem raschen Eingreifen verschiedenster nationalsozialistisch kontrollierter Behörden eine Unmenge von geplanten Attentaten, Morden, Korruptionsfällen usw. verhindert wurden. Von den wirklichen Morden, Verschleppungen und Folterungen erfuhr man fast nur in der Arbeiterpresse.

Der Reichstagsbrand und die «Wahlen»

Nachdem es eine Woche vor den geplanten «Wahlen» immer noch keine Anzeichen des von den neuen Machthabern beschworenen Aufstandes der Linken gab, mussten sie zur Selbsthilfe greifen. am 27. Februar liessen sie den Reichstag in Flammen aufgehen, beschuldigten sofort die Kommunisten und begannen noch in der gleichen Nacht mit einer brutalen Jagd auf Kommunisten und Sozialdemokraten: Die Zeitungen wurden verboten, Reichstagskandidaten und Funktionäre verhaftet und unzählige Aktivisten in die Folterkeller der SA verschleppt. In Berlin zweifelten viele an einer kommunistischen Brandstiftung. Nicht nur die Linke, auch die Botschafter Frankreichs, Englands und der USA waren bereits wenige Tage nach dem Brand zur Überzeugung gelangt, dass es sich um die Provokation irgend einer Nazi-Organisation handeln musste.
Die meisten Schweizer Leser erfuhren aber höchstens indirekt von den Zweifeln. Zwar schaltete die Arbeiterpresse wiederum sehr rasch. Die

«Basler AZ» fragte bereits am 1. März, ob Göring der Brandstifter sei, allerdings ohne Beweise anzuführen. Die «NZZ» hielt sich wie schon so oft an die offizielle Version. «So gründlich dürften sich die Kommunisten noch nie hinsichtlich des für eine revolutionäre Aktion günstigen psychologischen Moments verrechnet haben, wie in diesem Falle, wenn sie trotz der Beschlagnahme ihrer Aufmarschpläne im Karl-Liebknecht-Haus mit dem wahnwitzigen Anschlag auf das Reichstagsgebäude das Signal zum Aufruhr gegen die durch Hitlers braune Armee verstärkte Macht des Staates geben wollten», hiess es etwa im Leitartikel vom 3. März. Die Verfolgung der Kommunisten wurde begrüsst, die der Sozialdemokraten jedoch bedauert, weil sie die Gefahr einer Einheitsfront heraufbeschwöre. Immerhin fehlte ein Hinweis auf die englischen Zweifel an der offiziellen Version nicht (1.3.).
Das «Vaterland» traute den Kommunisten die Brandstiftung ebenfalls zu, allerdings als unbegreifliche Aktion. Nach Meinung des Wochenkommentators stand in Deutschland nicht der Kampf gegen den Bolschewismus, sondern die Errichtung einer Diktatur auf der Tagesordnung (4.3.).
Die auffälligste Ausnahme in der bürgerlichen Berichterstattung machte diesmal die «Thurgauer Zeitung». Redaktor Albert Müller, der sich wegen der «Wahlen» in Berlin aufhielt, hatte offenbar Kontakte zu amerikanischen Presseleuten und brachte seinen Lesern auch deren Ansichten zu Kenntnis (1.3.): «Für die Nationalsozialisten war der Brand im Reichstagsgebäude ein unerhörter Glücksfall. Ein so unerhörter Glücksfall, dass einzelne Leute daran nicht glauben wollten, dass vereinzelt die Behauptung auftauchte, der Minister Göring, der als Reichstagspräsident selbst der Hausherr im Reichstagsgebäude ist, sei in die Brandstiftung verwikkelt und habe daraus Kapital für die nationalsozialistische Wahlpropaganda schlagen wollen.» Erstaunlich ist, dass diese These vorerst keine Auswirkungen auf die Berichterstattung anderer Blätter zeitigte, ebensowenig wie später die in gleicher Richtung weisende Artikelserie des angesehenen, liberalen «Manchester Guardian».
Dass die Reichstags-«wahlen» vom 5. März angesichts des Terrors gegen die andern Parteien weitgehend im Sinne der Nazis verliefen, erstaunt nicht, wenn auch ihr Vormarsch nicht nur ihrer Skrupellosigkeit zuzuschreiben ist. Dennoch behandelten viele Kommentatoren diesen Urnengang wie einen gewöhnlichen, schrieben von Sitzgewinnen und -verlusten, von der verlorenen Schlüsselstellung des «Zentrums», von der Rekordbeteiligung usw. Freilich tauchten da und dort Vorbehalte auf. Oeri etwa distanzierte sich in den «Basler Nachrichten» von seinem Berliner Korrespondenten und lehnte es ab, den Sieg nach demokratischen Anschauungen als einwandfrei zu anerkennen (6.3.). Das «Vaterland» bedauerte den Erfolg der Nazis in Süddeutschland, auf dessen Widerstand es lange grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Die «NZZ» aber liess sich nicht einmal durch den Ausschluss der gewählten Kommunisten stören und stellte nüchtern fest, dass dadurch das Zweidrittels-Mehr niedriger geworden sei (13.3.). Die folgenden Berliner Kommunalwah-

len wurden im gleichen Stile kommentiert (17.3.): «Man darf wohl sagen, dass das Berliner Bürgertum im allgemeinen den Wahlausgang insofern begrüsst, als derselbe eine verdiente Quittung für die erlebte Misswirtschaft darstellt, wie sie in der Stadtverwaltung durch Korruption, Unfähigkeit und grossspurige Verschwendung unter dem verflossenen System gezeitigt wurden.» Und weiter unten wird der Grund der Befriedigung noch einmal zusammengefasst: «In Berlin herrscht Ruhe. ... die grosse Ausräumung im Roten Hause, dem Rathaus, ist ... bereits im Gange.»

Wo blieb der Widerstand?

Es gäbe noch weitere Themen, die eine ausführlichere Untersuchung rechtfertigen würden. Hier soll nur noch ein kurzer Blick auf die Berichterstattung über die antisemitischen Aktionen geworfen werden, die mit dem Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April einen ersten Höhepunkt erreichten. Die schweizerische Presse übernahm meist kommentarlos deutsche Agenturmeldungen. Die «NZZ» verurteilte sogar die angebliche «Greuelpropaganda» amerikanischer, englischer, polnischer und tschechischer Zeitungen (1.4.). In einem Korrespondentenbericht scheute sie nicht einmal vor den unbegreiflichsten Verharmlosungen zurück (6.4.): «Die Durchführung des antijüdischen Boykotts ... hat der Disziplin der ‹braunen› Armee kein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Von einigen geringfügigen Zwischenfällen und dem Drama in Kiel abgesehen, ist im gesamten Reich kein einziger Terrorakt vorgekommen.» Der Bundesrat teilte offenbar diese Einschätzung und sprach wenige Tage später den Juden, die Deutschland nur wegen des Boykotts verliessen, den Status von politischen Flüchtlingen ab.

Nach all diesen Ausführungen stellt sich die Frage, wo denn der vielzitierte Widerstand blieb. In der Anfangsphase des Dritten Reiches war auf bürgerlicher Seite jedenfalls wenig davon zu verspüren. Die fast ausschliesslich auf die linke Presse beschränkte antifaschistische Kampagne wurde zudem von den Behörden mit Misstrauen verfolgt. Bereits am 5. April 1933 drohte Bundesrat Häberlin im Nationalrat: «Was wir aber nicht dulden können, ist, dass mit unserer Presse die internationalen Beziehungen untergraben werden durch beleidigende Äusserungen gegenüber Staatsoberhäuptern und Regierungen von Staaten, mit denen wir in Verbindung stehen.»

Die Zitate können nur schlaglichtartig einige Positionen beleuchten, und es liessen sich in einigen Fällen sicher auch abschwächende Äusserungen finden. Im allgemeinen hielt sich aber die Berichterstattung während der ganzen untersuchten Epoche an den deutschen Standpunkt, nicht zuletzt durch den massenhaften, unkommentierten Abdruck deutscher Agenturmeldungen. Der bürgerliche Leser erfährt zeitweise fast täglich von Attentatsvorbereitungen und Mordplänen der Linken und von der Entlarvung korrupter bürgerlicher Politiker und Beamter wie etwa Konrad

Adenauer. Die unzähligen Morde und Terrorakte der Nazis kamen kaum zur Sprache, und der Leitartikel der «NZZ» nahm die Reichsregierung sogar gegen die ausländische «Greuelpropaganda» in Schutz (31.3.): «Tatsache ist jedenfalls, dass die Exzesse gegenüber der durch Ruhe und Ordnung gekennzeichneten Eroberung und Ausbreitung der Macht durch die Nationalsozialisten als Einzelfälle wirken, dass im Strassenbild der Städte Friede herrscht, dass auch die zahlreich aufgestellten ‹braunen Posten› nicht irritieren, dass Anpöbelungen und Belästigungen so gut wie gar nicht vorgekommen sind, und dass auch das unpolitische jüdische Bürger- und Kleinbürgertum seiner Beschäftigung ruhig nachgehen konnte.»
Später, vor allem seit dem Sommer 1934, haben viele Blätter ihre Haltung gegenüber dem Dritten Reich verschärft. Wer aber eine durchgehend scharfe Ablehnung und Kritik erwartet, wird enttäuscht. Gewiss war die überschwengliche Zustimmung der frontistischen Blätter eher eine Randerscheinung. Eine eingehendere Untersuchung der Zusammenhänge zwischen geistiger Landesverteidigung und Nationalsozialismus steht aber noch aus. Die Wertmuster, die im Frühling 1933 in der Deutschlandberichterstattung zum Ausdruck kamen, können nicht einfach verschwunden sein, sondern müssen in neuer Form wieder irgendwo auftauchen. Eine jüngere, nicht von Legitimationsproblemen belastete Generation von Historikern wird wohl mit der Widerstandslegende aufräumen. Hans Ulrich Jost hat in der oben zitierten Schweizergeschichte bereits auf Elemente der faschistischen politischen Kultur im «helvetischen Totalitarismus» hingewiesen.